



PRESSEMITTEILUNG

Mannheim, 19. Juli 2018

Jüttner referierte über 3 Jahrzehnte Bundespolitik

CDU-Stadtrat Prof. Dr. Egon Jüttner, langjähriger ehemaliger Bundestagsabgeordneter, zog auf Einladung der SeniorenUnion Mannheim eine Bilanz der Bundespolitik über die Zeit von 1990 bis 2017. In diesem Zeitraum war er - mit Unterbrechungen - zwei Jahrzehnte lang Abgeordneter für Mannheim in Bonn und Berlin. Jüttner analysierte die Schwerpunkte der jeweiligen Bundesregierungen unter Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel. Während in den neunziger Jahren der Aufbau Ost und das Rentensystem sowie der Vertrag von Maastricht und der Vertrag von Amsterdam die politische Diskussion im wiedervereinigten Deutschland dominierten, standen in den Jahren 1998 -2009 die ökologische Steuerreform, Hartz IV und der Atomausstieg sowie außenpolitisch die Einsätze der Bundeswehr etwa im Kosovo oder in Afghanistan im Fokus der Bundespolitik. Danach konzentrierte sich das Interesse der Politik auf die Verabschiedung der Föderalismusreformen, die Einführung der Schuldenbremse und die Bewältigung der Finanzkrise. Von 2009 bis 2017 waren der Euro-Rettungsschirm und ab 2015 die Flüchtlingskrise Debattenschwerpunkte.

Was seine Tätigkeit für Mannheim betrifft, so verwies Jüttner auf seinen erfolgreichen Einsatz für Mannheim und nannte als Beispiele u. a. den Verbleib der Berufsgenossenschaft Nahrung und Genussmittel in Mannheim, den Bau des dritten und vierten Gleises über den Rhein zum Ausbau des regionalen Schienenverkehrs zwischen der Pfalz und dem Odenwald, den Bau der Unterführung auf dem Waldhof, den Bau des Bahnsteigs F auf dem Hauptbahnhof, die Erweiterung der Bundeswehr-Bildungseinrichtungen in Neuostheim, den Erhalt von Patentkammer und Zollamt sowie die Bundesunterstützung der Schillertage und der Kunsthalle. Außerdem habe er mit der Einladung von 43 ausländischen Botschaftern nach Mannheim Kontakte Mannheimer Unternehmen ins Ausland unterstützt und tausenden von Bürgerinnen und Bürgern aus Mannheim den Besuch der Bonner und Berliner Regierungszentralen ermöglicht.